



# EU-Militarisierung stoppen!

## Für ein friedliches, abgerüstetes Europa!

Angesichts der Zunahme militärischer Eskalationen und der wachsenden Atomkriegsgefahr muss der Widerstand gegen Kriegspolitik und die internationale Zusammenarbeit verstärkt werden. Sicherheit im 21. Jahrhundert kann nur heißen: Friedenspolitik und diplomatische Lösungen statt Aufrüstung und Kriegstreiberei sowie ein Zurück zu den Leitideen der Gemeinsamen Sicherheit und der Nachhaltigkeit.

Die Kriege in der Ukraine und in Palästina müssen umgehend gestoppt werden. Jeden Tag werden Menschen in großer Zahl getötet und verletzt, verlieren ihre Heimat, werden traumatisiert. Täglich wächst die Gefahr einer nicht mehr zu bremsenden Eskalation der Kriege. Jeden Tag vertieft sich die Spaltung der Welt. Dabei können wir die großen Herausforderungen für die menschliche Zukunft nur gemeinsam bewältigen, auch mit Russland und China.

Um die politischen Zusammenhänge zu analysieren und mit guten Argumenten Köpfe für eine vernünftige, verantwortungsvolle Friedensgestaltung zu gewinnen, dürfen wir nicht zuzulassen, dass die Geschichte umgedeutet oder vergessen wird.

### Gegen die Teilung Europas – für das Konzept „Gemeinsame Sicherheit“

Der Kalte Krieg endete mit einem eindeutigen Konsens in Europa, nun für Frieden und Entspannung zu sorgen. Der Auftrag dazu wurde in internationalen Abkommen, wie der Charta von Paris und dem 2+4 Vertrag festgelegt und beinhaltete den Ansatz einer „gemeinsamen Sicherheit von Wladiwostok bis Lissabon“. Doch statt diesen Ansatz umzusetzen, haben die EU und die NATO ihre strategische Partnerschaft gegen Russland ausgebaut und die Bündnisse bis an dessen Grenzen ausgeweitet.

Die EU feierte am 1. Mai den vor 20 Jahren vollzogenen Beitritt von acht osteuropäischen Staaten als „Überwindung der Teilung Europas“. Tatsächlich wurde mit dieser – in der Nachfolge der Ostexpansion der NATO – vorgenommenen Erweiterung der Union eine neue Teilung verfestigt und ein neuer „Kalter Krieg“ eingeleitet – gegen Russland und seine Verbündete.

Dafür entwickelt die EU, die 2012 absurderweise den Friedensnobelpreis erhielt, auch eigenständige militärische Initiativen, Kapazitäten und Institutionen: Der 2009 als Ersatz für eine EU-Verfassung beschlossene Lissabon-Vertrag, verpflichtet die Mitgliedsstaaten zu stetig wachsenden Militärausgaben für zukünftige militärische Interventionen, auch jenseits der EU-Außengrenzen. Zu den zahlreichen gemeinsamen militärischen Projekten der EU-Mitglieder kam letztes Jahr der panzertaugliche Ausbau von Verkehrswegen in Richtung Russland hinzu.

### Keine Verschleuderung von Ressourcen für Rüstung

Werte, die von den Menschen in der EU durch ihre Arbeit geschaffen werden, fließen in immer größeren Maß in die Waffenproduktion und stehen somit für soziale Projekte nicht zur Verfügung. Darüber hinaus ist das Militär der größte Klimakiller.

Deutschland strebt die militärische Führung in Europa an. Dazu dient die drastische Steigerung der Rüstungsausgaben auf fast das Doppelte. Und gigantische, deutsch-französische Rüstungsprojekte sollen die EU zur Weltmacht aufsteigen



lassen: das für den Luftkrieg der Zukunft geplante, Kampfjets, Drohnen und künstliche Intelligenz umfassende FCAS (Future Combat Air System) sowie das ähnlich ambitionierte MGCS (Main Ground Combat System), das den Kampf am Boden effektiver machen soll.

### **Ukraine-Krieg nicht weiter anheizen**

Die EU spielt bereits im Ukraine-Krieg eine bedeutende militärische Rolle. Bis Februar 2024 hat sie und die Mitgliedsstaaten 89,9 Mrd. Euro dafür bereitgestellt, 42 Mrd. Euro davon direkt für die ukrainische Militär.

Obwohl längst offensichtlich ist, dass die Ukraine nichts mehr gewinnen kann, sondern die Situation für das Land und seine Bevölkerung nur immer schlimmer wird, lehnen die EU-Staaten weiterhin Waffenruhen und Verhandlungen ab. Stattdessen befeuern sie den Krieg mit weiteren Waffen für fünf Mrd. Euro, finanziert über einen Fonds, der „Europäische Friedensfazilität“ genannt wird. Deutschland und andere EU-Mitglieder steuern weitere Milliarden bei.

So völkerrechtswidrig der russische Angriff auch ist, so rechtfertigt er keineswegs eine solche rücksichtslose, gefährliche, allein auf militärische Ziele ausgerichtete Politik. Die UN-Charta, wie auch die diesbezüglichen UN-Resolutionen verlangen vor allem eines: alles zu tun, den Krieg zu beenden.

Wir wenden uns daher entschieden gegen das Bemühen, mit fortgesetzter militärischer Unterstützung in Milliardenhöhe, Kiew zur Fortsetzung des Krieges zu drängen, womöglich bis zum letzten ukrainischen Soldaten. Insbesondere protestieren wir gegen die Pläne, mit weitreichenden Waffen den Krieg nach Russland auszuweiten und zu eskalieren.

### **Wir rufen dazu auf, sich für den Frieden einzusetzen!**

**Dazu zählt auch, nur VertreterInnen ins EU-Parlament zu wählen, die:**

- der militaristischen Politik der EU eine klare Absage erteilen,
- dem militärischen Führungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland in der EU widersprechen,
- gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr die Stimme erheben,
- für eine europäische Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands eintreten,
- gegen die milliardenschwere Lieferung von Waffen an die Ukraine stimmen und sich für ein Ende des Stellvertreterkriegs gegen Russland engagieren,
- Waffenstillstand, humanitäre Hilfe und das Ende des Völkermordes in Gaza einfordern,
- sich für die Aussetzung des Assoziierungsabkommens mit Israel einsetzen, bis es seine völkerrechtlichen Verpflichtungen erfüllt, insbesondere die Besatzung Gazas und des Westjordanlandes beendet.

**Nicht mehr Rüstung bringt uns dem Frieden einen Schritt näher, sondern nur Deeskalation, Entspannungspolitik und Abrüstung.**

Wir fordern endlich aus der militärischen Logik auszusteigen! Wir fordern, statt einen langen Abnutzungskrieg oder gar einen Sieg über Russland anzustreben, sich den internationalen Initiativen für Waffenstillstand und Verhandlungen anzuschließen – selbstverständlich mit direkter Beteiligung Moskaus. Der russische Präsident hat in den letzten Wochen mehrfach seine Bereitschaft erklärt, über eine Waffenruhe in der Ukraine zu verhandeln. Es wird Zeit sie zu testen.



### **Für Waffenstillstand und humanitäre Hilfe in Palästina**

EU-Staaten sind wichtige Verbündete Israels und über das Assoziierungsabkommen der EU mit Israel auch wirtschaftlich eng verflochten. Statt unkritischer Unterstützung des israelischen Krieges in Gaza, insbesondere auch durch Waffenlieferungen aus Deutschland, müssen sie ihren Einfluss nutzen, um die israelische Führung zu einem Waffenstillstand und Einhaltung seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen zu drängen. Solange dies nicht der Fall ist, muss das Assoziierungsabkommen ausgesetzt werden. Wir sehen die EU zudem in der Pflicht zu umfangreicher humanitärer Hilfe für die palästinensische Bevölkerung.

Insbesondere müssen alle Mitgliedstaaten, wie u.a. vom UN-Menschenrechtsrat gefordert, ihre Waffenlieferungen an Israel einstellen.